

## Flucht und Migration

Es gibt rassistische Kampagnen gegen Migranten. Die „Flüchtlingsflut“ sei schuld am sozialen Verfall der Bundesrepublik und Berlins. Damit wollen die Regierenden und ihre Parteien vergessen machen, dass die sozialen Zerstörungen, die maroden Schulen und fehlenden Kita-Plätze, die Verschlechterung der Gesundheitsversorgung, die Wohnungsnot und das Kaputtsparen der Infrastruktur die Folge der von allen etablierten Parteien unterstützten Kaputtsparepolitik ist. Es gibt Fantasien von millionenfacher „Re-Migration“, also die Rückführung von Millionen Bürgern und Bürgerinnen nichtdeutscher Herkunft, die hier leben und arbeiten. Das ist rassistisch. Wir brauchen stattdessen eine Politik, die dafür sorgt, dass die öffentliche Daseinsvorsorge und die Schulen wieder funktionieren und genügend Wohnungen vorhanden sind.

### Die reale Politik der Regierung Merz

**Die Regierung Merz steht für eine Kriegspolitik**, die eine Flüchtlingswelle nach der anderen provoziert hat. Es ist die Politik der Regierungen der EU und der USA, die Krieg verursacht, Ausbeutung und Unterdrückung, Hunger und Verelendung nach sich zieht - alles Gründe, die Menschen zur Flucht zwingen. Wer Krieg sät, wird Flüchtlingswellen ernten. Über eine Million Ukrainer haben Recht, der Hölle in ihrem Lande zu entfliehen. So wie Hunderttausende Russen vor dem mörderischen Krieg fliehen. Der Krieg Trumps und Netanjahus gegen Iran wird weitere Millionen in die Flucht treiben.

**Die Regierung Merz steht gegen das Asylrecht.** Das Asylrecht im Grundgesetz ist Antwort auf die Erfahrungen während des Faschismus, wo viele Deutsche, die dem Faschismus entfliehen wollten, keine Aufnahme in anderen Ländern erhielten. Die Politik der Regierung Merz hebt das Asylrecht faktisch aus. Dagegen wird bei der Integration gespart, die Integrationskurse sind faktisch abgeschafft und damit die Möglichkeit für berufliche Qualifikationen. Alle wissen, dass der Ort einer wirklichen Integration der Arbeitsplatz ist.

**Die Regierung Merz steht für die Schaffung von Lohnkonkurrenz:** ausländische Arbeitskräfte sollen als Billiglöhner dazu dienen, die Tarifverträge auszuhebeln und die Löhne zu drücken. Als Konkurrenten zu den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen sind sie hoch willkommen. Als billige, prekarierte Arbeitskräfte dürfen sie bei uns in Krankenhäusern und Pflegeheimen arbeiten, aber sie dürfen nichts kosten!

**Eine solche Politik lehnen wir als Arbeitnehmer und Gewerkschafter ab.**

Die öffentliche Infrastruktur ist zerrüttet, es fehlen Wohnungen, es fehlen Schulen, Lehrerinnen und Lehrer, Krankenhäuser, Personal in allen Bereichen ...

Die aus ihren Ländern vor Krieg, Hunger und Elend vertriebenen Menschen kommen nach Deutschland – in ein Land mit einer kaputtgesparten sozialen Infrastruktur.

## **Um darauf zu antworten, brauchen wir endlich einen grundlegenden politischen Kurswechsel:**

- Schluss mit der Kaputtsparpolitik; Milliarden für mehr Personal für Bildung und Hochschulen, Gesundheitswesen, ÖPNV, Klimaschutz und Infrastruktur, für den Wiederaufbau des Sozialstaats! Dafür Aufhebung der Schuldenbremse!
- Milliarden in die öffentliche Daseinsvorsorge statt in die Kriegsproduktion und Kriegsvorbereitung!
- Damit nicht Flüchtlinge und Migranten gegen die einheimische Bevölkerung gespalten werden, gleiche Rechte und Pflichten, gleiche Löhne und Tarifverträge; so kann auch eine wirkliche Integration gelingen;
- Verpflichtende kostenlose Deutschkurse für alle Migranten und Flüchtlinge; Überforderte Stadtteile sind zu entlasten, Schulen müssen mit mehr Personal und Räumen ausgestattet werden. Dazu brauchen wir die Finanzierung durch die Bundesregierung.

Wir Arbeitnehmer und Gewerkschafter sagen, dass eine Politik der Integration eine Chance für die Entwicklung der Stadt sein wird.

## **Deshalb müssen wir gemeinsam handeln und uns organisieren.**

---

**Aufgabe des BSW und der AGBSW** ist es, heute eine Kraft gegen die Kriegs-Politik der Regierung unter Kanzler Merz zu organisieren. Für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, des Sozialstaats und der Demokratie gegen die Angriffe der Regierung. Dazu wollen wir beitragen. Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass man nicht erfolgreich für soziale Forderungen kämpfen kann, ohne die Fragen der Kriegspolitik und Kriegsvorbereitung mit aufzunehmen. Diese Gedanken tragen wir auch in unsere Gewerkschaften.

**Interesse? Melde dich bei:** [info@agbsw.de](mailto:info@agbsw.de)

**AGBSW im Internet:** [agbsw.de](http://agbsw.de)

**AGBSW-Kanal auf Telegram:** [t.me/AGBSW](https://t.me/AGBSW)

**Webseite:**



**Facebook:**

